

Lieber Peter,

wohl nur selten gab es so viele Gedenktage mit so starken Botschaften aus einem entgleisten Jahrhundert – und trotzdem so viel Ratlosigkeit, was das Gedenken jetzt für die beklemmenden Krisen der Gegenwart zu sagen hat.

Vor hundert Jahren brach der 1. Weltkrieg aus – und eröffnete den Totentanz europäischer Katastrophen. Eine Mahnung zum Frieden, gerade mit ehemaligen Kriegsgegnern wie Russland, so sehen offenbar wir beide die Lehre des Gedenkjahrs. Um Himmels willen keine „Erbfeindschaften“ beschwören, wie es 1914 geschah! Für Waffenruhe sorgen und den Frieden wieder herstellen, statt tödlichen Automatismen und Eskalationen hilflos zuzusehen! Lieber mit Engelsgeduld miteinander reden statt aufeinander zu schießen. Auch wenn sich Schlagzeilen schon über „unsere Politiker“ voller Häme hermachen: „Sie reden, reden, reden.“

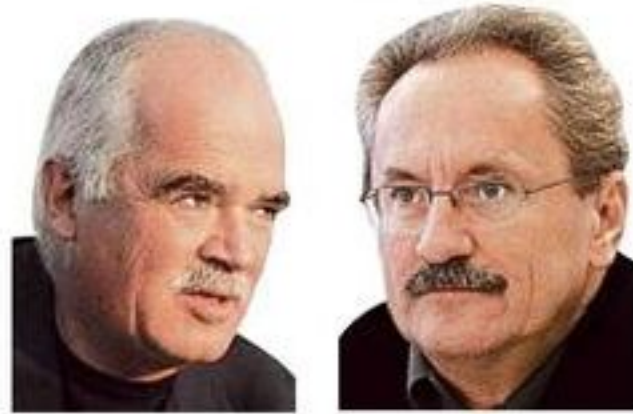
Manche glauben nämlich, dass jetzt „Handeln“ angesagt sei, was immer imposant klingt und ebenfalls historisch begründet wird.

Schließlich war dem Ausbruch des 2. Weltkriegs vor 75 Jahren eine gescheiterte Appeasement-Politik vorgegangen. Also „Härte“ zeigen, was immer das sein mag und tatsächlich bewirken wird. Putin hat zwar mit unzulässigen Vergleichen angefangen, als er die im eigenen Land agierenden ukrainischen Regierungstruppen mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf russische Städte gleichsetzte, aber darf man ihn deshalb umgekehrt mit Hitler auf eine Stufe stellen? Mir wird Angst und Bang vor einem Kriegsgedenken, das nicht zum Frieden mahnt, sondern mit hanebüchenen Geschichtsklitterungen unumkehrbare Eskalationen empfiehlt.

Ein dritter Jahrestag könnte uns nachdenklich stimmen: 25 Jahre Mauerfall. Vor einem Vierteljahrhundert war die Rote Armee noch in Deutschland präsent, sie beherrschte die östlichen Nachbarländer. Sie hat sich zurückgezogen, ohne dass ein Schuss fiel – aber der Westen hat seine Zusage, wo das NATO-Gebiet künftig im Osten enden werde, nicht einge-

halten. Gut, das war der Wunsch souveräner Staaten – aber das Ergebnis zeigt, wo Expansion stattgefunden hat und Sicherheitsinteressen der anderen Seite ignorierte. Vielleicht sollten wir uns öfter an die Kuba-Krise erinnern, wo wir alle Präsident Kennedy bejubelten, weil er mit dem äußersten drohte, um sowjetische Präsenz wieder aus dem

### Briefwechsel



zwischen  
Peter Gauweiler und Christian Ude

### *Die Gedenktage sagen uns viel – aber was?*

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

„Hinterhof Amerikas“ zu entfernen. Es gibt keine Sicherheitspartnerschaft ohne Respekt vor den Sicherheitsinteressen aller Beteiligten. Ein Vorrücken der NATO direkt an die russische Grenze wäre natürlich eine Provokation, ebenso das US-Gerede von einem „regime change“, den man in Moskau herbeiführen solle. Lese gerade im „stern“,

dass Botschafter Ischinger, der Gastgeber der Münchner Sicherheitskonferenz, von solchen Sprüchen auch nichts hält. Hoffentlich kommt der Waffenstillstand, der vorgestern schon voreilig verkündet wurde, doch noch zustande. Keine Seite hat eine bessere Alternative – nur haben es manche noch nicht begriffen.

Viel schwieriger ist die Frage, was die Gedenktage für den Nahen Osten lehren. Vielen erschien es ja als Beispiel der Unbelehrbarkeit, dass ausgerechnet 100 Jahre nach dem Kriegsausbruch von 1914 Waffenlieferungen in ein Krisengebiet beschlossen wurden. So naheliegend ist es in Deutschland, dass Kriegsgedenken zu pazifistischen Konsequenzen zwingen müsse. Dabei lehrt unsere Geschichte nicht nur, wohin Waffengewalt führen kann, sondern auch, dass ein gewalttätiges Unrechtsregime nicht ohne Waffen beseitigt werden kann. Wenn kranker Hass und pure Mordlust einer Terrorbewegung zu täglichem Massenmord führt und in einen Genozid mündet, besteht eine Pflicht zur Nothilfe. Da

hilft uns auch kein Jahrestag, denn andere Völker verstehen nicht, wieso wir ausgerechnet aus deutschem Unrecht vor 1945 auch noch im 21. Jahrhundert das Privileg ableiten wollen, die Lasten der Nothilfe anderen aufbürden zu dürfen.

Aber sind Waffen überhaupt eine Hilfe? Da bleibt Skepsis. Aber auch eine Beschränkung auf humanitäre Hilfe kann fragwürdig sein, wenn ihre Adressaten sie nach Massakern überhaupt nicht mehr erleben können. Alte Gewissheiten helfen heute nicht mehr weiter.

**Dein Christian.**

P.S. Nochmals zu 25 Jahre Mauerfall: Es stimmt schon traurig, wenn ausgerechnet in Sachsen, dem Land der Montagsdemonstrationen, über die Hälfte der Wahlberechtigten der Wahl fernblieb obwohl bekannt war, dass Stimmenthaltung der Demokraten den Neonazis abermals den Weg ins Parlament ebnen könnte. Es ist gerade noch einmal gut gegangen. Beschämend war es trotzdem.